

LANDESPROGRAMM GEGEN RECHTSEXTREMISMUS

Berlin, Sachsen und Brandenburg haben eigene Programme zur Bekämpfung des Rechtsextremismus aufgelegt. In Thüringen fristet das Engagement gegen Neofaschismus ein Nischendasein zusammen mit Drogen- und Gewaltprävention und allgemeiner so genannter Extremismusbekämpfung. Die Fraktion DIE LINKE fordert deshalb ein Landesprogramm für Demokratie gegen Rechtsextremismus und Rassismus.

Neofaschismus und Rassismus sollen gesellschaftlich geächtet und ergebnisoffene Erforschung und Veröffentlichung von Ursachen in Angriff genommen werden. Kommunale Analysen sollen in Zusammenarbeit von Mobit e.V., Polizei und Verwaltung erstellt werden. Lokale Bündnisse und Initiativen gegen Rechts sollen Unterstützung erhalten. Ein breites Informations- und Fortbildungsprogramm soll initiiert und entsprechend inhaltlich wie organisatorisch abgesichert werden. Opfer rechter Gewalt sollen rechtlich, psychosozial und politisch unterstützt werden. Finanzielle Mittel für die Teilhabe von AusländerInnen am gesellschaftlichen Leben sollen bereitgestellt werden. Nichtrechte Jugend- und Alltagskultur sollen stärker als bisher Anerkennung und Förderung erhalten.

WERDEN AUCH SIE AKTIV:

Unterstützen Sie lokale Initiativen, Bündnisse und Aktivitäten gegen Rechtsextremismus

Informieren Sie sich und andere über Rechtsextremismus in Ihrer Kommune

Unterstützen Sie Bündnisse und Kommunen bei der Intervention gegen den Aufbau von Nazistrukturen

Treten Sie der Verherrlichung des Nationalsozialismus entgegen

Greifen Sie ein bei rassistischen Beleidigungen oder holen Sie Hilfe bei rassistischen Übergriffen

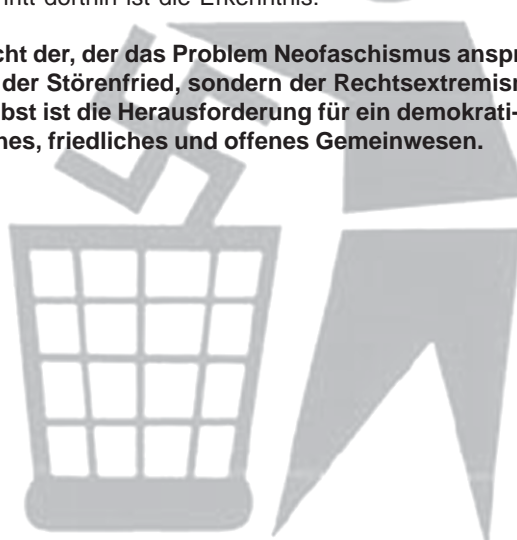
Setzen Sie sich für Erhalt und Förderung der Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus ein

BUNT STATT BRAUN

In Thüringen gibt es vielerorts Mut machende Aktivitäten gegen Neofaschismus. Erfurter BürgerInnen verhinderten einen Aufmarsch der NPD am 1. Mai, in Jena wurde erfolgreich ein Platz besetzt, auf dem ein Nazikonzert stattfinden sollte, in zunehmendem Maße informieren sich KommunalpolitikerInnen, LehrerInnen und Behörden über die aktuelle Entwicklung im Neofaschismus und engagieren sich dagegen. Erfolgreich sind solche Bemühungen dort, wo über alle weltanschaulichen Unterschiede hinweg ein gemeinsamer Konsens gegen Rechtsextremismus gefunden wird und das Problem nicht verharmlost, klein geredet oder relativiert wird.

Langfristige Erfolge können dort erreicht werden, wo offen über das Problem rassistischer und rechtsextremer Einstellungen gesprochen wird, wo Übergriffe von Neonazis offen thematisiert werden und Opfern geholfen wird, wo Solidarität gelebt wird und Diskriminierungen auch im Alltag widersprochen wird. Ein erster Schritt dorthin ist die Erkenntnis:

Nicht der, der das Problem Neofaschismus anspricht, ist der Störenfried, sondern der Rechtsextremismus selbst ist die Herausforderung für ein demokratisches, friedliches und offenes Gemeinwesen.



Impressum:

Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag,
Arnstädter Str. 51, 99096 Erfurt,
V.i.S.d.P.: Diana Glöckner (Pressesprecherin)
Tel. 0361 / 377 2295, Fax. 0361 / 377 2416
E-Mail: fraktion@die-linke-thl.de
www.die-linke-thl.de



GEMEINSAM

**GEGEN
NEONAZIS**



DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag

RECHTSEXTREME SZENE IM AUFWIND?

Fast zehn Prozent Wählerzustimmung für die NPD in Sachsen gaben der rechtsextremen Szene nach einer langen Phase der Verunsicherung und Umstrukturierung den entscheidenden Schub. Auch in Thüringen rückten so genannte „Freie Kameradschaften“, rechtsextreme Parteien und der

subkulturell geprägte Bereich des Rechtsrock immer enger aneinander. Die Zahl der neofaschistischen Aktivitäten, ob Aufmarsch, Flugblattverteilung, Rechtsrockkonzert oder Freizeitangebot, nahm 2006 deutlich zu. Die Anzahl der Anhänger wie auch der rechtsextremen Straftaten stieg an. Bei den Bundestagswahlen konnten Naziparteien in Thüringen immerhin 4,4 Prozent der Stimmen erzielen.

In jeder Region finden sich inzwischen feste Strukturen, seien es braune Kameradschaften oder Verbände der NPD. Koordiniert werden die braunen Gruppen durch überregionale Informations- und Mobilisierungsstrukturen und den Landesvorstand der NPD, vorweg deren strategische Vordenker Frank Schwerdt und Patrick Wieschke.

Auch die kulturelle Basis der Neonazis wächst weiter an. Mehr als 20 Nazirockkonzerte fanden in 2006 in Thüringen statt. Bands, Labels und Versandstrukturen aus Thüringen haben bundesweite Bedeutung. Hier finden inzwischen rechtsextreme Großveranstaltungen mit mehreren Hundert Teilnehmern statt. Daneben bauen Rechtsextreme ihre Infrastruktur weiter aus. Neben bekannten rechten Zentren in Jena, Fretterode und Pößneck machten Treffpunkte in Gotha, Sonneberg und bei Saalfeld Schlagzeilen.



Nicht nur bei sozialen Protesten, auch in der Kommunalpolitik geben sich Thüringer Neonazis zunehmend ein bürgernahes Image. Sie kommen als Bürgerinitiative oder Runder Tisch daher, verzichten bewusst auf szenetypische Kleidung oder machen sich auch mal um die örtliche Heimatpflege verdient. Sie gründen eingetragene Vereine und versuchen, an öffentlichen Veranstaltungen wie z.B. sportlichen Wettkämpfen teilzunehmen. Zum netten Image nach außen gehören nach innen die Festigung der nationalsozialistischen Ideologie und die Vorbereitung und Durchführung von illegalen und kriminellen Aktionen.

BRAUNE ALLTAGSKULTUR?

Gerade Jugendliche werden durch rechtsextreme Musik- und Freizeitangebote angesprochen. In einem diffusen Grenzbereich zwischen Neofaschismus, Germanen- und Heidenkult, Hooligan- und Rockermilieu verstärken Neonazis ihren Einfluss in der Jugend- und Alltagskultur. Szenetypische Bekleidung, eigene Verkaufsläden, einschlägige Symbole, rechtsextreme Gratis-CDs und Zeitschriften sind Ausdruck dieser Entwicklung. Dort, wo sich öffentliche Jugend- und Freizeitangebote zurückziehen oder deren Möglichkeiten kritiklos Neonazis überlassen, haben diese ein leichtes Spiel. Die Fraktion DIE LINKE setzt sich für eine verstärkte Aufklärung gerade unter Jugendlichen, aber auch PädagogInnen über diese Entwicklung ein. Langfristig müssen Projekte gefördert werden, die kommunal verankert eine demokratische und tolerante Jugend- und Freizeitkultur befördern und sich der Auseinandersetzung mit dem braunen Alltag stellen.

ALLIANZ DER ANSTÄNDIGEN UND ZUSTÄNDIGEN

Rechtsextremismus ist ein komplexes Zusammenspiel von politischer Ideologie, weit verbreiteten Einstellungen, gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und konkretem Handeln z.B. durch Wahlverhalten oder Mitgliedschaft in einer entsprechenden Organisation. Obwohl es keinen direkten Zusammenhang zwischen den zunehmenden Aktivitäten der Neonazis und den erschreckend hohen Zustimmungswerten in der Thüringer Bevölkerung zu rechtsextremen Aussagen gibt, muss auf Beides eine politische Antwort, ein angemessenes Konzept gefunden werden. Die Fraktion DIE LINKE setzt dabei auf die Stärkung und Unterstützung des zivilgesellschaftlichen Engagements.

Dies entlastet die politisch Zuständigen aber nicht aus ihrer Verantwortung. Seit Jahren fordert DIE LINKE ein Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, die dauerhafte finanzielle Anerkennung der Arbeit z.B. des „Mobilen Beratungsteams für Demokratie gegen Rechtsextremismus“ (Mobit e.V.) und die Einfügung einer antinazistischen Klausel in die Thüringer Landesverfassung. Stattdessen setzt die offizielle CDU-Politik in Thüringen überwiegend auf den starken Staat, mehr Repression, Einschränkung von Bürgerrechten und sozialarbeitsrechtlichen Umgang mit dem Phänomen des Neofaschismus.

Die Politik, die Behörden und Verwaltung laufen der Entwicklung im Neofaschismus ständig hinterher, allein anlassbezogen und kurzfristig werden Aktivitäten unterbunden.

Das System der V-Leute in der rechtsextremen Szene hat die Trennungslinie zwischen Staat und Neonazis verwischt. DIE LINKE fordert daher die Abschaltung sämtlicher Spitzel und den Umbau des Verfassungsschutzes zu einer transparenten und öffentlichen Informations- und Dokumentationsstelle.

